

## **Protokoll der Sitzung des 20. Runden Tisches des Nationalen Waldprogramms Deutschlands**

Termin: 8./9. November 2007  
Ort: BMELV, Bonn, Haus 9, Saal 3  
Sitzungsleitung: Herr Staatssekretär Lindemann, Herr MinR Schwoerer (BMELV)  
Moderation: Herr Dr. Elsasser (BFH)  
Protokoll: Herr Dr. Heuer (BMELV)  
Teilnehmer: siehe Teilnehmerliste (Anlage 1)  
Anlagen: 1) Teilnehmerliste  
2) Präsentation zum Impulsvortrag von Herrn Dr. Heuer (Anlage 2)  
3) Präsentation zum Impulsvortrag von Herrn Hinrichs (Anlage 3)

### **TOP 1: Begrüßung**

Staatssekretär Lindemann (BMELV) begrüßt die Teilnehmer des 20. Runden Tisches. Er würdigt die Arbeit des Runden Tisches der letzten Jahre und führt aus, dass der Runde Tisch für das BMELV ein wichtiges Beratungsgremium sei. Die Empfehlungen des Runden Tisches halfen, 2005 ein Waldkapitel in die nationale Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland aufzunehmen. Mit Blick auf die starke Nachfrage nach Holz aus den heimischen Wäldern und den Empfehlungen des 19. Runden Tisches zur verstärkten Mobilisierung von Holz, ermuntert er zur nachhaltigen Nutzung der großen Holzvorräte. Die Bedeutung des nachwachsenden klimafreundlichen Rohstoffs Holz für die stoffliche und energetische Nutzung wird in Zukunft ansteigen. Die Schwerpunktänderung in der Charta für Holz in Richtung Mobilisierung und Forschung trägt diesen Trends Rechnung.

Weiter geht Staatssekretär Lindemann auf die anstehende Novellierung des BWaldG ein, die aufbauend auf Bewährtem, aktuelle Herausforderungen annimmt. Hierzu gehören nach derzeitigen Überlegungen u.a. die nähere Bestimmung der „*Ordnungsgemäßen Forstwirtschaft*“, die Erweiterung des Aufgabenspektrum der Forstbetriebsgemeinschaften, die Stärkung des Kleinprivatwaldes, das Waldmonitoring zum Zwecke der Klimaberichterstattung und die Herausnahme der Kurzumtriebsplantagen aus dem Waldbegriff. Hinsichtlich der Novellierung

des Bundesnaturschutzgesetzes sei es nach intensiver Abstimmung mit der EU und dem BMU gelungen, forstwirtschaftliche Maßnahmen in der Regel auch künftig vom Projektbegriff auszunehmen. Somit sei sichergestellt, dass ordnungsgemäße forstwirtschaftliche Bodennutzungen weitestgehend von FFH-Verträglichkeitsprüfungen freigestellt bleiben.

Durch die Teilnahme sachkundiger Akteure, so Staatssekretär Lindemann, sei der Runde Tisch in besonderem Maße geeignet Aussagen für die walddpolitische Meinungsbildung zu treffen. Wenn dies gelinge, können vom Runden Tisch starke Signale ausgehen. Voraussetzung sei aber, dass alle wichtigen Akteure ihre Ansichten einbringen und diskutieren. Er schließt mit der Bitte an die Teilnehmer, die Chance zu nutzen direkt ihre Anliegen an die Hausleitung des BMELV heranzutragen.

## **TOP 2: Annahme der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird angenommen.

## **TOP 3: Festlegung der Moderation / Festlegung des Protokollführers**

Herr Dr. Elsasser (BFH) wird als Moderator vorgeschlagen. Dies wird angenommen.

BMELV wird als Protokollführer vorgeschlagen. Dies wird angenommen.

## **TOP 4 - 6: Schwerpunktthema 1 „Segregationsansätze in der Forstwirtschaft“**

BMELV hält einen Impulsvortrag zum Thema (Anlage 2).

Mit Verweis auf den anerkannten Integrationsansatz äußert DFWR Unverständnis zum Ziel der nationalen Biodiversitätsstrategie, 5 % der Waldfläche bis 2020 einer natürlichen Waldentwicklung zu überlassen. Staatssekretär Lindemann verteidigt den Beschluss des Bundeskabinetts und gibt zu bedenken, dass auf den restlichen 95 % der Waldflächen die multifunktionale Forstwirtschaft zulässig sei. Zu den 5 % gehöre beispielsweise auch das grüne Band und die Flächen welche aus spezifischen Eigentümerzielsetzungen bereits heute nicht mehr bewirtschaftet werden. WWF ergänzt, dass zu den 5 % auch jene Flächen gehören, die sich im Besitz der Naturschutzverbände befinden. Dieser segregative Ansatz stelle den integrativen nicht in Frage, der den aktuellen Anforderungen nach wie vor gerecht werde. KWF sieht hingegen eine klare Tendenz zur Ausweitung segregativer Ansätze, wie sie im Bestreben zur Ausweisung neuer Schutzgebiete und Vorrangflächen für den Naturschutz zum Ausdruck komme. Flächen mit ausschließlicher Nutzfunktion ohne Berücksichtigung der Schutz- und Erholungsfunktion gäbe es de facto nicht (KWF, BFH). Nach Ansicht DFWR fokussieren die 5 % auf die mitteleuropäischen Buchenwälder, die eine zentrale Bedeutung für den Natur-

schutz besitzen. Angesichts der steigenden Nachfrage nach nachwachsenden Rohstoffen sei Nutzungsverzicht in dieser Größenordnung das falsche Signal. BFN stellt klar, dass die 5 % nicht von heute auf morgen umgesetzt werden, sondern die strategische Richtung vorgeben. Zusammenfassend regt Staatssekretär Lindemann eine Bestandsaufnahme an, wie viel Waldflächen bereits heute schon aus den unterschiedlichen Gründen nicht genutzt bzw. de facto stillgelegt sind.

ANW berichtet, dass der Privatwald in NRW auf Grund der Ausweitung der Segregation als auch der integrativen Elemente des Naturschutzes an der Grenze der Akzeptanz sei. Dies führe bereits dazu, dass Waldbesitzer ihr Interesse an einer naturnahen Waldbewirtschaftung verlieren. Konservierende, statische Naturschutzansätze seien angesichts der durch Klimawandel ausgelösten Standortsveränderungen kontraproduktiv, nunmehr sei prozessorientiertes Denken beim Naturschutz gefragt. Dr. Schramml (Universität Freiburg) teilt die Einschätzung der ANW und unterstreicht, dass der Erfolg des multifunktionalen Ansatzes insbesondere von gut ausgebildeten, qualifiziertem und motiviertem Personal auf der Fläche abhängt. Hier stünden die Länder, angesichts der Strukturreformen ihrer Forstverwaltungen vor großen Herausforderungen.

ANW und Stiftung Wald in Not geben zu bedenken, dass mit überhöhten Wildbeständen die Ziele der Biodiversitätsstrategie im Wald nicht verwirklicht werden können und regen eine Novellierung des BJagdG an.

BFH hinterfragt das Statement der SDW, der integrative Ansatz sei der Öffentlichkeit gut zu vermitteln und berichtet von den Ergebnissen einer Studie, die den Schluss zulässt, dass für die Kommunikation mit der breiten Öffentlichkeit der Begriff der multifunktionalen Forstwirtschaft wenig hilfreich ist. Staatssekretär Lindemann hingegen zeigt sich überzeugt, dass die Nutzung von Holz und die Pflege des Waldes in der Bevölkerung breite Akzeptanz hat.

Mit Verweis auf einen Beitrag der Stiftung Wald in Not zu N-Emissionen aus der Landwirtschaft führt er weiter aus, dass Schnellwuchsplantagen zwar nicht vollständig ohne Belastungen für die Umwelt betrieben werden können, verglichen mit den gravierenden ökologischen Problemen der Biomasseerzeugung in anderen Ländern sei Deutschland hier aber auf einem gutem Weg.

KWF und BFH werfen die Frage auf, ob angesichts der Verknappung bei einzelnen Sortimenten, der segregative Ansatz in Richtung Nutzung erweitert werden solle, um die steigende Nachfrage zu bedienen. So könnten die Forstbetriebe den Ansprüchen vielleicht besser gerecht werden. Staatssekretär Lindemann antwortet, dass das Angebot zwar nicht immer dem Wunsch der Wirtschaft entspreche, aber eine generelle Verknappung der Ressource nicht zu konstatieren sei. BMELV werde daher den bewährten integrativen, multifunktionalen Ansatz weiter verfolgen. Dies wird im Grundsatz von den Teilnehmern unterstützt.

DFWR regt an, die Mittel aus der Anrechnung der Senkenleistung der Wälder für Forschungen für den klimabedingten Waldumbau und zur praktischen Unterstützung der Waldbesitzer bei der Anpassung der Wälder auf den Klimawandel einzusetzen.

ANW berichtet von den Schäden, die der Sturm Kyrill im Sauerland hervorgerufen hat. Einige Forstbetriebe planen, nicht auf allen vom Sturm geworfenen Kahlflächen wieder Hochwald aufzubauen. Auf besonders vom Sturmwurf gefährdeten Standorten seien Weihnachtsbaumkulturen oder Schnellwuchsplantagen besser. In FFH-Gebieten sei zudem die Baumartwahl stark eingeschränkt. Die Beschränkung auf standortheimische Bäume verhindere, dass betriebswirtschaftlich viel versprechende Baumarten, die zudem eine weitere Klimatoleranz aufweisen, nicht angebaut werden dürfen. Hier sei eine Umsteuerung notwendig. Unterstützend führt DJV aus, dass geänderte Markt- und Klimabedingungen zwangsläufig auch zur Überprüfung konservierender Naturschutzstrategien führen müssten. Die Herausforderungen von Klimawandel und Markt erforderten forstlichen Sachverstand und effektive Beratung und Betreuung der Waldbesitzer auf der Fläche (DFWR, Dr. Schramml, Uni Freiburg).

KWF und AGDW konstatieren, dass es bereits heute schon Naturschutzstandards auf der gesamten Waldfläche gibt und halten deren Ausweitung für nicht zielführend. BMU und BFN verweisen auf das Ziel der EU, den Verlust der Biodiversität zu stoppen, und erachten Mindeststandards, wie sie derzeit zum Beispiel bei der Novelle des BWaldG zum Begriff der „*Ordnungsgemäßen Forstwirtschaft*“ im Gespräch sind, für notwendig. Mit Verweis auf internationale Verpflichtungen mahnt GTZ deren Berücksichtigung an und plädiert dafür, nicht hinter bereits erzielten Konsens und abgestimmte Standards zurückzufallen. BMELV erinnert, dass die Setzung von Mindeststandards in Verantwortung der Länder liege.

**Nach Abschluss der Diskussion beschließt der Runde Tisch die folgenden Empfehlungen:**

- Eine starke bundesweite Tendenz in Richtung Segregation bzw. eine Abkehr von der multifunktionalen Forstwirtschaft wird nicht gesehen; der integrative Ansatz in der deutschen Forstwirtschaft hat sich grundsätzlich bewährt. Er wird als ausreichend flexibel angesehen, den absehbaren Rahmenbedingungen (Nachfrageentwicklung nach Holz, Klima, Naturschutz) gerecht zu werden und sollte beibehalten werden.
- Die bisherigen Empfehlungen des NWP werden daher weiterhin als aktuell und gültig angesehen und werden bestärkt.
- Zunehmende Naturschutzanforderungen können künftige Entwicklungs- und Nutzungsoptionen einschränken; daher sollte ein integrativer Ansatz sich nicht allein auf die Integration von Naturschutz in die Forstwirtschaft beschränken, sondern alle Waldfunktionen einer multifunktionalen Forstwirtschaft ausreichend berücksichtigen. Dazu gehört auch der Beitrag der Waldbewirtschaftung für den Naturschutz.
- Die notwendigen Anpassungen an Klimaveränderungen erfordern dynamische, nicht konservierende Ansätze, zum Beispiel die Prüfung, ob allein standortheimische Baumarten den künftigen Anforderungen in jedem Fall entsprechen.

Naturnahe Waldwirtschaft und ein breites Baumartenspektrum werden weiterhin als geeignete Instrumente der Risikostreuung betrachtet. Diese sollten eher durch Förderung und Beratung als durch weitere ordnungspolitische Vorgaben unterstützt werden.

Für Anlage und Betrieb von Kurzumtriebsplantagen auf landwirtschaftlichen Flächen sollten Mindeststandards definiert werden. Diese sollten die Substitution endlicher Ressourcen durch Holz nicht behindern.

Forstlicher Sachverstand für Beratung und Betreuung sollte auch in Zukunft auf der Fläche ausreichend präsent sein.

Das Verständnis der Bevölkerung für die wichtigen Beiträge der integrativen Forstwirtschaft für den Naturschutz sollte verbessert werden.

Zur Aufrechterhaltung des integrativen Ansatzes müssen die Wilddichten den jeweiligen ökonomischen und ökologischen Zielen angepasst werden.

Die Akteure bedanken sich ausdrücklich bei Staatssekretär Lindemann für seine Teilnahme und tragen den Wunsch vor, künftig regelmäßig Leitungsbeteiligung am Runden Tisch sicherzustellen.

#### **TOP 7 - 8: Schwerpunktthema 2 „Vermarktung von Naturschutzleistungen“**

BMELV hält einen Impulsvortrag zum Bundeswettbewerb „*Naturschutzgroßprojekte und ländliche Entwicklung*“(Anlage 3).

BMELV hebt den innovativen Ansatz des Bundeswettbewerbs hervor, einschließlich des gemeinsamen Engagements zweier Bundesministerien im ländlichen Raum und bittet die Teilnehmer des Runden Tisches für den Bundeswettbewerb zu werben. Anschließend werden Fragen zur strategischen Ausrichtung, zum operativen Ablauf und zum Vergabeverfahren des Bundeswettbewerbes gestellt, die BMELV beantwortet.

#### **TOP 9: Verschiedenes**

Angesichts der begrenzten Teilnehmerzahl des 20. Runden Tisches - insbesondere fehlen weitgehend Vertreter der Holzwirtschaft und des nicht hauptamtlichen Naturschutzes - stellt BMELV das Fortbestehen des Runden Tisches zur Diskussion. BMELV bekräftigt nochmals, dass der Runde Tisch nach wie vor ein wichtiges Beratergremium für die Hausleitung sei. Gleichwohl habe das Scheitern der Kernempfehlungen 2005 zu einem gewissen Glaubwürdigkeitsdefizit geführt. Zudem hätten einige Länder inzwischen eigene Waldprogramme und die Themenauswahl gestalte sich zunehmend schwierig. BMBF betont, dass die Ergebnisse des Runden Tisches für die strategischen Ausrichtung und Priorisierung von Forschungsinhalten im Forst-Holz-Sektor wichtig seien. Die Teilnehmer sind sich einig, dass sich der Runde Tisch grundsätzlich bewährt hat und fortgeführt werden sollte, das Potenzial einer inter-

sektoralen Zusammenarbeit sei vorhanden. Ein Brainstorming zur künftigen Ausrichtung erbrachte folgende nicht weiter diskutierte Vorschläge für Modifikationen:

- Definierte Ziele zu erreichen, wäre wichtig.
- Vertreter aller wichtigen Akteure müssen teilnehmen.
- Die Hausleitung des BMELV müsste regelmäßig teilnehmen.
- Papiere zur Entscheidungsfindung sollten vorher erstellt werden.
- Um Doppelarbeit zu vermeiden, ist ein Abgleich mit weiteren Gesprächsrunden (Bund-Länder-Sitzungen, u.ä.) notwendig.
- Auf Grund der zunehmenden Kompetenzüberschneidungen von Forst- und Naturschutzverwaltungen in den Ländern sollten Vertreter der Naturschutzverwaltungen der Länder am Runden Tisch teilnehmen.
- Der Fokus sollte stärker auf der Umsetzung der Empfehlungen liegen. Die Empfehlungen sollten dazu operationaler gestaltet werden.
- BMELV sollte stärker darlegen, wie die Empfehlungen in politische Entscheidungen eingeflossen sind bzw. zu Beginn jeder Sitzung des Runden Tisches eine Bilanz der Zielerreichung der Empfehlungen ziehen.
- BMELV wird angesichts der vielen nicht (mehr) Anwesenden ergänzend sämtliche Teilnehmer des Runden Tisches schriftlich befragen, was sie sich vom Runden Tisch künftig erwarten.

Im Auftrag

Dr. Eckhard Heuer